



Zahl der Kriege in der Welt nimmt zu

In diesem Jahr gab es mehr Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen in der Welt als 2007. Diese Bilanz hat das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (IIK) gestern gezogen. In seinem „Conflict Barometer 2008“ berichtet das Institut von neun Kriegen nach sechs im Vorjahr. Auch nach Europa ist der Krieg zurückgekehrt: mit dem Konflikt zwischen Russland und Georgien. „Die Welt ist unfriedlicher geworden. Wir sind wieder auf dem Stand, den wir vor vier, fünf Jahren hatten, nachdem es im vergangenen Jahr fast sensationell friedlich war“, sagte die Herausgeberin des Konfliktbarometers, Lotta Mayer. DPA

Erneut Jesidenfamilie im Irak ermordet

Unbekannte haben im Nordirak sieben Mitglieder einer Familie ermordet, die der religiösen Minderheit der Jesiden angehört. Die Nachrichtenagentur Aswat al-Irak meldete, die Mörder seien in der Nacht zu gestern in das Haus der Familie in Sindschar in der Provinz Ninive eingedrungen. Sie erschossen den Angaben zufolge drei Frauen und vier Männer. In Sindschar hatten Selbstmordattentäter im August 2007 unter den Jesiden das furchterlichste Blutbad angerichtet, das der Irak seit dem Sturz von Ex-Präsident Saddam Hussein erlebt hat. Damals starben an einem Tag mehr als 300 Menschen. Viele Jesiden sind in den vergangenen Jahren vor der religiösen Verfolgung im Irak geflohen. Einige von ihnen haben sich in Deutschland angesiedelt. DPA

Australien baut Emissionshandel auf

Australien folgt dem Vorbild der EU und richtet einen eigenen Emissionshandel für den Klimaschutz ein. Damit solle der Ausstoß des für den Treibhauseffekt verantwortlichen Kohlendioxids (CO₂) bis 2020 um 5 bis 15 Prozent gesenkt werden, sagte Regierungschef Kevin Rudd. Während Rudd von einem energischen Schritt zur Rettung von Landwirtschaft, Wasserversorgung und Natur in Australien sprach, übten Umweltschützer heftige Kritik. Greenpeace nannte die Pläne „Wahnsinn und ein totales Versagen“. Weil das 15-Prozent-Ziel nur im Falle eines umfassenden weltweiten Klimaabkommens 2009 gelte, gehe es in Wirklichkeit nur um fünf Prozent Senkung. Wissenschaftler und Umweltorganisationen hatten eine Senkung des australischen CO₂-Ausstoßes um mindestens 25 Prozent gefordert. Die EU strebt eine Senkung um 20 Prozent bis 2020 an. REUTERS

Asean-Staaten arbeiten enger zusammen

Die Charta der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean mit dem Ziel besserer Kooperation innerhalb der Region ist gestern in Kraft getreten. Die Außenminister der zehn Mitgliedsländer besiegelten den Pakt in der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Die Charta bindet die Mitglieder der 41 Jahre alten Organisation institutionell enger zusammen. Sie können jetzt als Block verhandeln und wollen bis 2015 einen einheitlichen Wirtschaftsraum nach dem Vorbild der EU schaffen. Zu Asean gehören Myanmar, Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam. Die Region werde politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell so dynamisch wie nie zuvor, sagte Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono. DPA

Taiwan und China öffnen direkte Flugverbindung

Die Beziehungen zwischen den lange verfeindeten Staaten China und Taiwan normalisieren sich weiter. Seit gestern bestehen direkte tägliche Flugverbindungen. Wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, sind China und die Inselrepublik Taiwan auch auf dem Seeweg und Postweg direkt verbunden. Früher musste immer ein dritter Ort zwischen China und Taiwan liegen. China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz. Pro Monat soll es 60 Frachtflüge und pro Woche bis zu 108 Passagierflüge zwischen Taiwan und China geben. Bisher gab es nur Flüge an Wochenenden und den vier großen traditionellen Feiertagen. DPA

► Tatort Büro Deutsche Firmen sparen oft am Schutz vor Spionen. Doch gerade in Krisenzeiten greifen Konkurrenten zu illegalen Methoden. Die Hochschule Luzern geht neue Wege: Dort lernen Justizbeamte und Unternehmer voneinander

Wirtschaftsspione zielen auf Mittelstand

Verfassungsschutz rechnet mit brutalerem Vorgehen · Jährlicher Schaden für deutsche Unternehmen liegt bei 50 Mrd. Euro

VON JENS BRAMBUSCH, HAMBURG

Durch die weltweite Wirtschaftskrise wird der Schaden durch Wirtschaftsspionage zunehmen. Davon geht das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) aus. Die verschärften Bedingungen auf dem Markt führten zu einem brutaleren Wettbewerb. Der Vizepräsident des Verfassungsschutzes, Hans Elmar Remberg, sieht die größte Bedrohung durch Internetspionage aus Russland und China. Nach Schätzungen des BfV entsteht der deutschen Wirtschaft durch Spionage jährlich ein Schaden von 50 Mrd. €.

Für deutsche Unternehmen wächst damit vor allem die Gefahr von Spähangriffen aus dem Ausland. Der Verfassungsschutz bekämpft als deutscher Inlandsnachrichtendienst das Ausspähen hiesi-

ger Unternehmen durch oder mit Hilfe ausländischer Nachrichtendienste. Russische Geheimdienste etwa sind gesetzlich verpflichtet, Wirtschaftsspionage zu betreiben, um die russische Wirtschaft zu unterstützen. Von der Wirtschaftsspionage unterscheidet sich die Wirtschaftskriminalität. Bei der Ausspähung untereinander entstehen den deutschen Unternehmen jährlich weitere 6 Mrd. € Schaden.

Nach Einschätzung von Stefan Kaller, Abteilung für Wirtschaftsschutz im Bundesinnenministerium, ist „Deutschland als Verteidiger der Poleposition bei Forschung und Entwicklung“ ein begehrtes Ziel der Angriffe. Deshalb sei ein systematischer Gedankenaustausch zwischen Staat und Wirtschaft für den Wirtschaftsschutz unerlässlich. „Es geht vor allem um Methoden- und Systemwissen, we-

niger um geheime Informationen“, sagte Kaller. Letztendlich gehe es immer um Arbeitsplätze. Deshalb bieten Ministerium und Verfassungsschutz Strategien und kostenlose Software zur Abwehr von Internetangriffen für Firmen an.

Dennoch sind sich die Verfassungsschützer bewusst, dass ein hundertprozentiger Schutz Illusion ist. „Die Spionage wird immer subtiler, ist dadurch kaum kontrollierbar“, sagte ein Verfassungsschützer. Das bestätigt auch Thomas Menk, Chef der Daimler-Konzernsicherheit und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft.

Große Gefahr besteht vor allem für den Mittelstand in Deutschland. Gerade Zulieferer der großen Industrien würden ausgespäht, so Menk. Sie verfügten über ein enormes Prozesswissen, seien gegen

Angriffe aber weniger geschützt als große Konzerne. „Diese Unternehmen sind oft leicht zu überwindende Einfallstore“, sagte Menk.

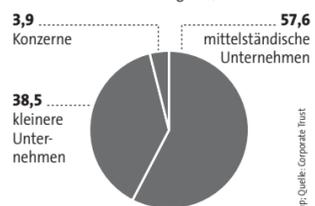
Angesichts der hohen Schadenssumme sind die Fahndungserfolge eher gering. 2007 leitete der Generalbundesanwalt 31 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts ge-

heimdienstlicher Tätigkeiten oder Landesverrats ein. Nur gegen eine Person wurde Haftbefehl erlassen, ein Angeklagter wurde verurteilt. Entweder operieren die Angreifer nahezu risikolos über das Internet aus dem Ausland. Oder sie genießen in Deutschland diplomatische Immunität ihres Heimatlands.

Ins Netz gehen meist nur kleine Fische: Mitarbeiter von Putzkolonnen, die in Abfallheimern nach Dokumenten suchen, ausländische Werkstudenten, Gastwissenschaftler. „Kein Klischee, eher Alltag“, sagte ein Verfassungsschützer. Das größte Risiko lasse sich auch durch beste Abwehr nicht gänzlich abschließen: Der Faktor Mensch sei unberechenbar. Dagegen helfe keine Software.

Die Großen sind sicher

Schaden durch Wirtschaftsspionage in Deutschland* nach Firmengröße, in %



WWW.FTD.DE/KRIMINALITAET
Feind surft mit

Jäger des gestohlenen Schatzes

Früher als Deutschland hat die Schweiz die Gefahren der Wirtschaftskriminalität erkannt. Die Hochschule Luzern bildet in einem in Europa einzigartigen Projekt die Betrugsbekämpfer von morgen aus

JENS BRAMBUSCH, LUZERN

Es sind Hunderte Daten: Einzahlungen, Abbuchungen, Barauszahlungen. Die Tasten der Taschenrechner klappern im Akkord. In nur zwei Stunden sollen die Studenten genug Indizien ermittelt haben, um den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit aus Tansania der Korruption zu überführen. In einem kleinen Saal der Hochschule Luzern, Tausende Kilometer von Afrika entfernt, werden die angehenden Korruptionsbekämpfer Zeitungsartikel und E-Mails aus, gleichen Adressen ab. Treffer! Ein Konto auf Jersey, eine Fischimportfirma in Japan. Die versackten EU-Subventionen, da sind sie: die Jacht auf Sansibar, die Villa am Viktoriasee.

„Der Fall ist nicht real, aber realistisch“, sagt Sacha Truffer. Der Fachmann für Wirtschaftskriminalität – Truffer ist Abteilungsleiter Forensik beim Beratungsunternehmen Deloitte – hat ihn konstruiert, zu Übungszwecken für die Studenten. Seine Branche boomt, nicht nur in der Schweiz: Beratungsgesellschaften stocken ihre investigativen Abteilungen auf, selbst Konzerne beschäftigen mittlerweile eigene Ermittler. Bei Firmenübernahmen überprüfen sie Geschäftspartner mit kriminalistischen Methoden, Bewerber für Führungspositionen werden durchleuchtet. Compliance-Abteilungen wie bei Siemens oder der Bahn überwachen die Einhaltung der firmeninternen Verhaltensregeln, um Korruption vorzubeugen. Die Nachfrage nach gutem Personal ist groß, das Angebot klein.

Die Schweiz hat schon 2003 das Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalität (CCFW) an der Hochschule Luzern gegründet. „Eine einmalige Einrichtung in Europa“, sagt Institutsleiter Michael Alkalay. Einmalig deshalb, weil hinter dem CCFW die Schweizerische Bankenvereinigung, der Versicherungsverband, Polizei und Justiz stehen. Vertreter von Behörden und Wirtschaft arbeiten Hand in Hand, lernen voneinander und miteinander.

Alkalay sieht die Möglichkeiten des Studiums damit nicht ausge-



Licht ins Dunkel: Michael Alkalay, Leiter des Luzerner Instituts für Wirtschaftskriminalität, lehrt seine Schüler, Korruptions- und Spionagefälle aufzudecken

reizt: „Wir streben eine Internationalisierung an. Das organisierte Verbrechen macht schließlich auch nicht an Landesgrenzen halt.“

Für Deutschland ist ein solches Szenario bisher undenkbar. Allein die Zuständigkeit der Behörden erschwert die Zusammenarbeit. Für Wirtschaftsspionage, also das Ausspähen von Unternehmen durch ausländische Dienste, ist der Verfassungsschutz zuständig, für Wirtschaftskriminalität allgemein das Bundeskriminalamt. Und Konzerne misstrauen dem Staat und gehen lieber auf eigene Faust vor.

„Das organisierte Verbrechen ist uns häufig einen Schritt voraus“, sagt Alkalay. „Die Kriminellen haben die Globalisierung besser und schneller verstanden.“ Michael Alkalay, Hochschule Luzern

Nachrichtendienst auf: Heute ist er selbstständig, ermittelt für Schweizer Firmen – hauptsächlich in Osteuropa. „Jedes zweite große Unternehmen in der Schweiz ist in den vergangenen drei Jahren Opfer wirtschaftskrimineller Handlungen geworden“, sagt er. „Bei den Banken ist das größte Problem Geldwäsche, in der Industrie Korruption.“ In Deutschland sieht es nicht anders aus.

„In der Schweiz haben wir traditionell viel mit Geldwäsche zu tun“, sagt Alkalay. Aber das Spektrum werde immer größer. Das Studium werde deshalb neben der Finanzplatzkriminalität wie Börsendelikt und Terrorismusfinanzierung mit klassischer Vermögensdelinquenz, Insolvenzdelikten und Computerkriminalität.

Das Studium ist berufs begleitend. Viele der 15 bis 20 Studenten pro Semester arbeiten bei den „Big Four“ der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften – KPMG, Deloitte, Ernst & Young und Pricewater-

houseCoopers (PwC). Oder sie kommen von Banken und Versicherungen sowie aus dem öffentlichen Dienst, sind also Staatsanwälte und Polizisten. Nach drei Semestern folgt die Masterprüfung. Die Kosten sind nicht unerheblich: 22 000 Schweizer Franken müssen die Studenten oder deren Arbeitgeber für die Ausbildung berappen.

Tobias Kauer, Staatsanwalt des Bundes für Wirtschaftsdelikte, sieht in dem in Luzern erprobten Modell den einzig richtigen Weg bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität. „Es ist wichtig zu wissen, wie die anderen funktionieren“, sagt Kauer, der ebenfalls Dozent an der CCFW ist.

Angst, dass die Studenten später ihr Wissen für ihren Arbeitgeber nutzen, um kriminelle Machenschaften vor den Ermittlungsbehörden zu verbergen, hat Kauer nicht. Der Staatsanwalt lacht: „Einen klitzekleinen Wissensvorsprung bewahren wir schon noch für uns.“

GEFAHR AUS DEM NETZ

► Motive Hoch entwickelte Staaten interessieren sich für wirtschaftspolitische und Wettbewerbsstrategien, für Zielrichtung und Methoden der Forschung sowie für Zusammenschlüsse und Absprachen von konkurrierenden Unternehmen. Staaten mit Technologierückstand sind an der Beschaffung von Know-how interessiert, um Kosten für die eigene Entwicklung und Lizenzgebühren zu sparen. Bei der Ausspähung der Konkurrenz geht es eher um Informationen über Wettbewerb, Märkte, Technologien und Kunden, um Preisinformationen, Kalkulationen und Designstudien.

► Vorbereitung Angriffe werden langfristig vorbereitet. Die Anbahnung erfolgt oft auf Messen oder Tagungen. Beim sogenannten „Social Engineering“ werden gemeinsame Interessen, beruflich wie privat, ausgemacht. Kontakt wird über Mail gehalten.

► E-Mails In einem Anhang versteckt der Angreifer ein Sabotageprogramm. Die Software installiert sich dann von allein, greift auf andere vernetzte Computer über und versendet die Daten an Dritte.

► Funknetze Jedes IT-System ist durch Viren und Trojaner gefährdet. Besonders risikobehaftet sind drahtlose Verbindungen wie WLAN, Bluetooth, Funktastaturen und alle GSM-Mobiltelefone.

► Handys Bei allen Mobiltelefonen besteht die Gefahr des Abhörens. Schlimmer noch: Manipulierte Handys können auch als Mikrofon dienen. Dazu reicht es bereits, wenn sie eingeschaltet sind.

► Speichersticks Bei vermeintlichen Werbegeschenken in Form von USB-Sticks ist Vorsicht geboten. Häufig werden mit ihnen Trojaner verbreitet.

► Abfall Nicht mehr benötigte Unterlagen sollten nie einfach weggeworfen, sondern immer vernichtet werden.

Ausgespäht

Durch Wirtschaftsspionage geschädigte deutsche Firmen* nach Branchen, in %

